

Steuermehreinnahmen müssen bei Schulen ankommen

Dresden, 28. Oktober 2026 – Steuermehreinnahmen müssen bei Sachsens Schulen ankommen – Landeselternrat fordert klare Priorität für Schulen und Bildung

Die aktuelle Steuerschätzung eröffnet dem Freistaat Sachsen zusätzliche finanzielle Spielräume. Der Landeselternrat Sachsen fordert die Staatsregierung und den Sächsischen Landtag auf, diese Mehreinnahmen gezielt für Schulen und Bildung einzusetzen. Im Mittelpunkt müssen die Stärkung der Schulinfrastruktur und die Schließung bestehender Finanzierungslücken stehen.

„Der Investitionsstau bei Schulgebäuden und die vielerorts unzureichenden räumlichen Bedingungen zeigen, wie dringend unsere Schulen eine verlässliche Finanzierung brauchen. Gleichzeitig fehlen Mittel, um Schulen pädagogisch weiterzuentwickeln und allen Kindern in Stadt und Land gleichwertige Lernbedingungen zu ermöglichen“, erklärt Stefan Kraft, Vorsitzender des Landeselternrates Sachsen.

Eine zentrale Rolle kommt dabei den Kommunen als Schulträgern zu. Sie tragen einen erheblichen Teil der Kosten für Bau, Sanierung und Ausstattung der Schulen. Der Landeselternrat fordert deshalb gezielte Unterstützung durch den Freistaat, damit notwendige Investitionen nicht an fehlenden kommunalen Eigenmitteln scheitern.

„Es darf nicht vom Wohnort abhängen, ob Kinder in einer modernen und gut ausgestatteten Schule lernen können. Der Freistaat muss die Kommunen bei dieser Aufgabe unterstützen – von den kreisfreien Städten bis zu den kleinen Gemeinden im ländlichen Raum“, betont Kraft.

Der Landeselternrat verweist auf seinen Bildungsappell 2.0. Dieser fordert, die demografische Entwicklung als Chance für bessere Bildungsbedingungen zu nutzen, Lehrkräfte zu erhalten, individuelle Förderung auszubauen und Schulen nachhaltig weiterzuentwickeln.

„Gute Schule ist mehr als guter Unterricht. Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung, die über das Klassenzimmer hinausgeht. Deshalb müssen wir multiprofessionelle Teams mit Lehrkräften, Schulsozialarbeit, Schulassistenzen und weiteren Fachkräften stärken und flächendeckend ermöglichen. Wenn wir individuelle Förderung ernst nehmen, müssen wir auch die Menschen finanzieren, die sie möglich machen“, sagt Kraft weiter.

„Staatsregierung und Landtag müssen die zusätzlichen Spielräume nutzen, um die strukturellen Probleme im System Schule und Bildung anzugehen. Wir brauchen im Doppelhaushalt 2027/2028 und darüber hinaus klare Prioritäten: für eine leistungsfähige Schulinfrastruktur, moderne Ausstattung und gute pädagogische Rahmenbedingungen. Wer in die Zukunft Sachsens investieren will, muss bei der Bildung anfangen. Die aktuelle Steuerschätzung bietet die Chance, dafür konkrete Entscheidungen zu treffen“, so Stefan Kraft abschließend.

LandesElternRat Sachsen, info@ler-sachsen.de